

Antrag an die Personalversammlung für alle Beschäftigten an Bremer Grundschulen am 9. Juni 2015

Für den Bereich Inklusion möge die Personalversammlung beschließen:

- Wir fordern eine ausreichende Versorgung der Grundschulen mit Sonderpädagogikstunden. Für Beratung, Diagnostik und Kooperation müssen den Schulen zusätzliche Stunden zur Verfügung gestellt werden.
- Wir brauchen eine ausreichende Vertretungsreserve auch für Sonderpädagoginnen. Doppelbesetzungen dürfen nicht aufgelöst werden.
- Wir lehnen eine systemische Stundenzuweisung wie die ID 1051 ab, solange sie nicht die realen Bedarfe von Schulen und Kindern widerspiegelt. Jedes Kind hat neben einer systemischen Versorgung weiterhin auch einen individuellen Anspruch auf Förderung, dieser muss eingelöst werden.
- Bei besonderen Bedarfen einzelner SuS muss es Nachsteuerungsmöglichkeiten geben, damit sie in der Grundschule ihres Einzugsgebietes verbleiben können.
- Außerdem müssen Grundschulen durch die Bereitstellung entsprechender Mittel auf Dauer in die Lage versetzt werden, auch SuS mit anderen Behinderungsarten außer LSV aufzunehmen.
- Wir fordern auch für den Primarbereich eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluation.
- ZuP-Leitungsstellen müssen besser ausgestattet und schnellstmöglich besetzt werden. Bei ZuP- Verbänden müssen alle SuS in die Berechnungsgrundlage einbezogen werden.
- Für Schulen in besonderen Problemlagen müssen schlüssige Konzepte, besonders auch für den Ganztagsbereich, entwickelt werden.
- Innerhalb der Behörde muss es eine Steuerungs- und Organisationseinheit geben, die sich für den Inklusionsprozess verantwortlich zeigt, die ihn begleitet und vorantreibt.

Für die Fachgruppe Inklusive Schule und Sonderpädagogik
Gunhild Ruhstrat